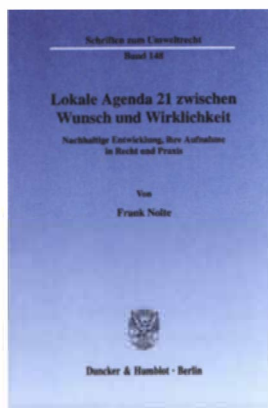


Rezensionen



Frank Nolte

Lokale Agenda 21 zwischen Wunsch und Wirklichkeit.

Nachhaltige Entwicklung, ihre Aufnahme in Recht und Praxis

Berlin: Duncker & Humblot 2006

Die Dissertation von Frank Nolte ist der Lokalen Agenda 21 gewidmet, die als Grundsatzprogramm auf dem Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 von 178 Staaten verabschiedet wurde. Sie stellt unter dem zentralen Leitbild Sustainable Development – nachhaltige Entwicklung – ein langfristig und umfassend angelegtes Handlungsprogramm für die internationale Staatengemeinschaft auf, um sich Problemen des Bevölkerungswachstums, der zunehmenden Umweltverschmutzung und des steigenden Ressourcenverbrauchs anzunehmen. Unter rechtswissenschaftlichem Blickwinkel geht es dem Autor darum aufzuzeigen, inwieweit das Recht als gesellschaftliches Steuerungsinstrument nachhaltige Entwicklung aufgenommen hat und wie diese Eingang in die Rechtswirklichkeit findet. In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen rückt er die kommunale Ebene und untersucht insbesondere, welche Umsetzungsansätze und Handlungsmöglichkeiten in den Gemeinden in Bezug auf die Lokale Agenda 21 existieren und welche besonderen Schwierigkeiten und Erfolgsfaktoren die Agenda prägen.

In einem einleitenden Kapitel zeichnet Nolte die im Laufe der Zeit entwickelten unterschiedlichen Nachhaltigkeitsmodelle nach, um sich dem der Agenda zugrunde liegenden Begriff Sustainable Development annähern zu können. Weiter stellt er Inhalt und Umsetzung der Lokalen Agenda 21 vor. Er konstatiert, dass sie in Deutschland momentan stagniert und insofern zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine gewaltige Lücke klafft. Als Ursache benennt er zum einen die Offenheit des Programms, das den Gemeinden eine eigene Interpretation der Agenda und weitgehende Freiheit für die daraus abzuleitenden Handlungsstrategien überlässt. Zum anderen bringt er vor, dass die Nachhaltigkeit durch globalisierungsgeprägte Probleme der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik überlagert werde.

Ausgehend von diesem Befund geht Nolte der Frage nach, inwieweit die Nachhaltigkeit im Recht tatsächlich verankert ist und welche konkreten Handlungsmöglichkeiten für Gemeinden daraus resultieren. Er liefert mit diesem Kapitel einen umfassenden Überblick über die Fachgesetze, die die Idee der Nachhaltigkeit aufgenommen haben. Seine Analyse ergibt, dass „nachhaltig“ teilweise nicht in der dreidimensionalen Bedeutung nachhaltiger Entwicklung verwendet werde, sondern oftmals auf eine optimale Erfüllung der jeweiligen sektoralen Aufgabe ziele. Vor allem die Bauleitplanung eröffne aber als zentrales Instrument für die Planung und Gestaltung in den Gemeinden Handlungsspielräume, die für eine lokal nachhaltige Entwicklung genutzt werden können. So formuliert § 1 Abs. 5 BauGB ausdrücklich das Ziel der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, das nach herrschender Auffassung der dreidimensionalen Sichtweise der Nachhaltigkeit entspricht. Insgesamt ergeben sich für die Berücksichtigung der Beschlüsse der Lokalen Agenda unterschiedliche Handlungsspielräume für die Gemeinden: Im Wege des Gesetzesvollzugs können sie Ermessensspielräume im Sinne der Nachhaltigkeit nutzen; daneben stehen ihnen planerische Gestaltungsspielräume zu, die in qualitativer Hinsicht weiter sind als der Ermessensspielraum der Verwaltung. In seiner Untersuchung vernachlässigt Nolte nicht die informellen Vorgehensweisen, die von Lokale Agenda-21-Initiativen in erheblichem Maße genutzt werden. Zusammenfassend kommt er zum Ergebnis, dass kommunale Selbstverwaltung und das föderative System der Bundesrepublik eine ausreichende Grundlage zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 bieten.

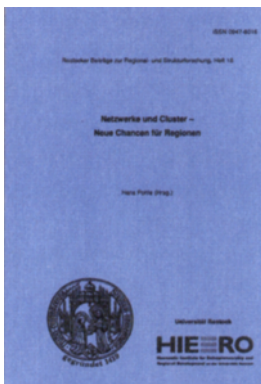
Weiter macht Nolte deutlich, dass für die Umsetzung der Lokalen Agenda 21 neben einer hinreichenden Bekanntheit ihres materiellen Inhalts auch die organisa-

torische Ausgestaltung große Bedeutung hat. In einem weiteren Kapitel geht er daher auf Organisationsstrukturen von Nachhaltigkeitsstrategien ein. Er stellt die verschiedenen Gremien vor, die sich im Zusammenhang mit der Agenda herausgebildet haben (Agenda-Büro, Bürgerforum, Runde Tische), deren Organisationsmuster und Initiierungsansätze für Umsetzungsverfahren und typischerweise auftretende Problemlagen Lokaler Agenda 21-Prozesse. Entscheidend für die Akzeptanz und den Erfolg solcher Prozesse sind schließlich Partizipation und Dialog. Diesen Erfolgsfaktoren ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Dabei zeigt Nolte die Schwierigkeit auf, breites Engagement in der Bevölkerung zu erhalten. Hier stehen Lokale Agenda-Prozesse vor ähnlichen Partizipationsproblemen wie etablierte rechtliche Planungsinstrumente. Er kommt zu dem Schluss, dass der Erfolg der Lokalen Agenda davon abhängig ist, dass er von besonderen Akteuren getragen wird. Bedeutung haben in diesem Zusammenhang Nicht-

regierungsorganisationen, Kirchen, Volkshochschulen sowie kleine und mittlere Unternehmen, die sich für ihre Region bzw. ihren Unternehmensstandort einsetzen. Insbesondere in diesen beiden Kapiteln tritt die Diskrepanz zwischen politischen Absichtserklärungen international ausgehandelter Strategien und der Rechtswirklichkeit zutage, in der sich die praktische Umsetzung oft schwierig gestaltet.

Die Dissertation bietet eine Gesamtschau über Inhalt und Ziele der Lokalen Agenda 21, Handlungsstrategien in Deutschland, ihre rechtliche Verankerung und Herausforderungen, denen Gemeinden bei ihrer Umsetzung gegenüberstehen. Aufgrund der klaren Strukturierung der Arbeit gelingt es Nolte, den Leser in anschaulicher und umfassender Weise durch die verschiedenen, sich im Zusammenhang mit der Agenda ergebenden Problemlagen zu führen.

Jana Kenzler (Hannover)



Hans Pohle (Hrsg.)
Netzwerke und Cluster – Neue Chancen für Regionen
Rostock 2006. = Rostocker Beiträge zur Regional und
Strukturforschung, H. 18

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre spielten die Begriffe Produktionsnetzwerke, Innovationsnetzwerke und Wirtschaftcluster eine prominente Rolle in den regionalwissenschaftlichen Debatten. Hierzu haben nicht zuletzt Porters Werk „Nationale Wettbewerbsvorteile“, aber auch erste empirische Untersuchungen über existierende Cluster und Netzwerke insbesondere in der Textilwirtschaft Oberitaliens und des Maschinenbaus in Baden-Württemberg beigetragen. Mit den neuen Begriffen wurden die besondere Rolle von Wissen als Produktionsfaktor und die regionale Vernetzung der Wissensträger als Basis für Innovationen hervorgehoben. Derartige Netzwerke würden die Wettbewerbsfähigkeit vor allem der beteiligten kleinen Unternehmen verbessern, indem sie sie aus ihrer Isolierung befreien. Es liegt auf der Hand, den Erfahrungshintergrund derartiger erfolgreicher Cluster für regionalpolitische Strategien zu nutzen, um Regionen für den globalen Wettbewerb zu stärken. Offen ist bisher aber, ob

auch wirtschaftlich und strukturell schwache Regionen Ansatzpunkte für Netzwerk- und Clusterstrategien bieten.

Genau dieser Frage geht das 18. Heft der Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung nach. Es gliedert sich in drei Teile mit jeweils einer zentralen Fragestellung:

1. Wie stehen die Chancen für eine Regionalentwicklung durch Vernetzung in Mecklenburg-Vorpommern?
2. Lassen sich Wirtschaftcluster durch eine gezielte regionale Entwicklungspolitik speziell in ländlichen Räumen befördern?
3. Welche Erfahrungen hat Mecklenburg-Vorpommern mit ersten Versuchen von Clusterpolitik in den Bereichen Tourismus und Biotechnologie/Life-Sciences gemacht?

In einem umfassenden einleitenden Beitrag stellt *Braun* (Universität Rostock) die Chancen und Risiken der wirtschaftlichen Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns vor dem Hintergrund des Wandels zur Wissensgesellschaft dar. Danach scheinen die Rahmenbedingungen für einen Übergang zur wissensbasierten Wirtschaft ungünstig zu sein: Das Land befindet sich in einer Randlage, leidet unter einer chronischen industriellen Strukturschwäche und dem Fehlen einer dynamischen Unternehmerschicht. Braun erwähnt aber auch regional gebundene Wissenspotenziale in den Bereichen der maritimen Wirtschaft, des Tourismus (verbunden mit naturräumlichen Potenzialen der Region), des ökologischen Wirtschaftens und der Gesundheitswirtschaft. Sie könnten Mecklenburg-Vorpommern ein Alleinstellungsmerkmal im interregionalen Wettbewerb verschaffen. Diese Potenziale böten Chancen für eine Aufholstrategie, bestehend aus einem Mix aus unternehmerischen Innovationen, Humankapitalentwicklung und regionaler Netzwerkpolitik. *Heimpold/Rosenfeld* (Institut für Wirtschaftsforschung Halle – IWH) bestätigen die kritische Einschätzung Brauns durch statistisch gestützte Analysen der städtischen Ballungsräume des Landes. Jedoch finden sie in jeder Stadt auch Branchenschwerpunkte, die den Ausgangspunkt für weitergehende wirtschaftliche Netzwerkstrategien bilden. Insgesamt wurden 29 Netzwerke erfasst, wovon 17 Netzwerke Branchenschwerpunkten zugeordnet werden konnten. In ihren Schlussfolgerungen nehmen die Autoren gegen eine Industriepolitik der Neugründung von Branchenschwerpunkten und gegen eine allgemeine Vernetzungspolitik Stellung. Sie empfehlen stattdessen eine regionsübergreifende Vernetzung der vergleichsweise kleinen örtlichen Branchenschwerpunkte und eine bessere Ausrichtung der Wissenschaftslandschaft auf die zukunftsfähigen Branchenschwerpunkte des Landes.

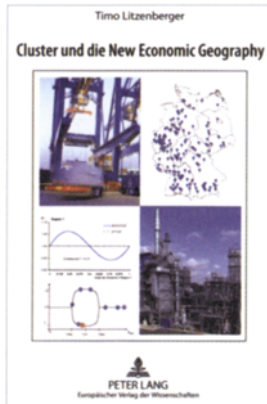
In den Beiträgen von *Rehfeld* (Institut für Arbeit und Technik – IAT) und *Gutgesell/Maier* (Universität Bayreuth) werden Möglichkeiten eines Clustermanagements diskutiert. Rehfeld, der selbst Erfahrungen auf diesem Feld gesammelt hat und seit über einem Jahrzehnt den Clusteransatz wissenschaftlich erforscht, erläutert zunächst die Faktoren, die Cluster zu einem Wettbewerbsvorteil für die beteiligten Firmen machen, d.h. die Generierung, Bewertung, Verarbeitung und Nutzung von Wissen erleichtern und die betroffene Region als Standort stärken. Interessant sind auch seine Einschätzungen der Clusterpotenziale in unterschiedlichen Branchenschwerpunkten. So gebe es z.B. in der Gesundheitswirtschaft und in der Softwareindustrie – im Unterschied z.B. zur Biotechnologie – wegen der vergleichsweise ausgeprägten räumlichen Dispersion der Aktivitäten weniger Ansatzpunkte für eine regio-

nale Clusterpolitik. An europäischen Beispielen erläutert er die Vielfalt möglicher Clusteransätze: Diese können breit oder eng angelegt sein, sie können sich auf Branchen oder auf Technologiefelder beziehen. Rehfeld setzt sich für ein regionales Clustermanagement ein, weist aber auch darauf hin, dass es eines langen Atems bedarf und man keine kurzfristig erzielbaren Erfolge erwarten könne. Schließlich ließe sich Clustermanagement nicht schematisch konzipieren, sondern es gehe darum, erfolgreiche Trends in der Region zu erkennen und zu befördern. Solche Trends – in den Bereichen Textil, Automobilzulieferer, Informationstechnologie, Kunststoff – werden von Gutgesell/Maier für den ländlichen Raum in Oberfranken identifiziert und hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für ein Clustermanagement bewertet. Wie Rehfeld weisen sie auf die unterschiedlichen Aufgaben eines Clustermanagements in den einzelnen Bereichen hin. Clustermanagement könne nicht allein auf Erfahrungswerten aufbauen, sondern bedürfe einer systematischen Analyse der regionalen Gegebenheiten und der funktionalen Dimensionen eines jeden möglichen Clusters.

Den Band schließen Beiträge von *Steingrube* (Universität Greifswald) und *Blank* (BioCon Valley) ab. In ihnen werden beispielhaft für den Tourismus und die Biotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern jeweils besondere Clustermanagementstrategien vorgestellt. Örtliche Clusterstrategien im Tourismus verknüpfen z.B. verschiedene branchenübergreifende Aktivitäten einer Region (Kurort); thematische Cluster verknüpften dagegen Standorte um ein Thema herum miteinander (z.B. maritimer Tourismus). Das Biotechnologie- und Life-Science-Cluster belegt schließlich anschaulich, dass Clustermanagement auch transnational angelegt sein sollte. Mit dem „ScanBalt“-Modell werden zwölf regionale Netzwerke und Cluster vernetzt. Dieses Netzwerk der Netzwerke dient zum einen der Kombination regionaler Kompetenzen zwischen den einzelnen Ländern, es erzeugt andererseits Transparenz und macht die verschiedenen Aktivitäten dieses Wirtschaftsfelds öffentlich sichtbar. Nach Blank ist das „ScanBalt“-Modell von größter Relevanz, weil es mit seiner Hilfe gelingen kann, die auf dem Gebiet der Biotechnologie noch zersplitterten Aktivitäten im Ostseeraum in eine Wettbewerbsposition gegenüber den führenden Clustern in den USA und Westeuropa zu bringen.

Fazit: Der Band ist ein interessantes und lehrreiches Sammelwerk für Regionalforscher und Regionalpolitiker gleichermaßen, die sich mit Fragen des regionalwirtschaftlichen Strukturwandels befassen und nach neuen Wegen einer innovationsorientierten Regionalentwicklung suchen.

Hans Joachim Kujath (Erkner)



Timo Litzenberger
Cluster und die New Economic Geography
 Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag 2007

Der Autor will die empirische Relevanz der Modelle der New Economic Geography (NEG) überprüfen. Die NEG sagt theoretisch stringent die räumliche Verteilung wirtschaftlicher Aktivitäten voraus und prognostiziert, ob Industrien Cluster bilden werden. Aus diesen Prognosen werden mittlerweile auch Handlungsempfehlungen zur gezielten Steuerung von Raumstrukturen abgeleitet. Umso bedeutsamer ist die Frage, ob die theoretisch fundierten Prognosen einem empirischen Test standhalten. Dies am Beispiel sektoral-räumlicher Konzentrationen und Cluster in Deutschland zu klären, ist das zentrale Anliegen der vorliegenden Dissertation.

Das Buch gliedert sich in vier Teile: Zunächst werden die theoretischen Grundsteine gelegt und die Modelle der NEG erläutert. Dann erfolgt die begründete Auswahl der Branchen in Deutschland, an denen die theoretischen Modelle überprüft werden sollen. Nach der Erläuterung der Methodik und ihrer Implikationen folgt schließlich die Simulation der Modelle. Im letzten Teil werden die Ergebnisse bewertet und Handlungsempfehlungen für die Wirtschaftspolitik abgeleitet.

Die Komplexität des Unterfangens zeigt sich von Anfang an. Die NEG gibt es nicht, wohl aber eine Reihe von Modellen der NEG. Der Autor gibt einen guten Überblick, geordnet nach Jahr, Autor und Besonderheiten der Modelle, und konzentriert sich schließlich auf drei: jene von Krugman (1991), Helpman (1998) und Puga (1999), letzteres in zwei Varianten. Als Nächstes ist die Auswahl der Branchen in Deutschland zu treffen, die sich zur empirischen Überprüfung der ausgewählten Modelle eignen. Einerseits ist das zur Verfügung stehende sekundärstatistische Datenmaterial zu berücksichtigen, andererseits ein aussagekräftiger Clusterindex zu finden, um Branchen in ihrer Clusterfähigkeit zu bewerten. Die Wahl fällt auf den „räumlichen Gini-Koeffizienten“. Insgesamt werden zehn Branchen des Produzierenden Gewerbes – Schuhe, Uhren, Chemie, Kfz, Molkerei, Büromaschinen, Möbel,

Fleischverarbeitung, Konstruktionsteile in Holz, Stahl- und Leichtmetallbau – für den (statischen) Querschnittsvergleich herangezogen, zwei davon für den (dynamischen) Längsschnittvergleich.

Die Arbeit setzt ein hohes Maß an wirtschaftswissenschaftlichem Wissen und eine gewisse Neigung für mathematische Formeln voraus, ebenso die Überzeugung oder jedenfalls das Vertrauen, dass Vereinfachungen und Kalibrierungen der Modelle keinen verzerrenden Einfluss auf die Ergebnisse entfalten – schließlich sind die Resultate von Untersuchungen stets so konsistent wie die Annahmen, auf denen sie beruhen. Der gewählte Clusterbegriff etwa vernachlässigt bewusst den Aspekt der Kooperations- und Vernetzungsbeziehungen zwischen den Unternehmungen einer Branche. In Ermangelung einer allgemein verbindlichen Definition von Clustern ist die Entscheidung vertretbar, und immerhin folgt der Hinweis, dass eben diese Verflechtungsbeziehungen in der Literatur oftmals als konstituierende Voraussetzungen eines Clusters gelten. Der Autor setzt sich mit seiner Entscheidung dennoch der Kritik aus, dass in der Untersuchung wohl Agglomerationen, nicht aber Cluster erhoben werden.

Wer dem Autor in den der Simulation vorangehenden einzelnen Schritten seiner Argumentation für oder gegen Modelle, Annahmen, Formeln, Konstanten und Variablen und ihrer Operationalisierung aufmerksam folgt und ihn in der Simulation der Modelle anhand der Daten aus den einzelnen Branchen begleitet, wer mit ihm für jede Branche die Ergebnisse in Bezug auf Bedeutung von Standortfaktoren, Marktsituation und Preiselastizität der Nachfrage, Fixkosten und variable Kosten, Lohnelastizität und räumliche Mobilität der Arbeitskräfte, Transportkosten, Wertschöpfungskette und Anteil der Zwischenprodukte sichtet, wird am Ende mit der Erkenntnis belohnt: Eines, nämlich das Modell von Puga (1997) mit immobilen Arbeitskräften, trifft für die gewählten Branchen in neun von zehn Fällen korrekte Vorhersagen. Zwei weitere Modelle, das Modell von

Krugman (1991) und das Modell von Puga mit mobilen Arbeitskräften, haben immerhin eine Treffsicherheit von acht in zehn Fällen. Am schlechtesten schneidet das Modell von Helpman (1998) ab.

Der Autor mahnt trotz eindeutiger Ergebnisse seiner Analyse zur Vorsicht. In der Praxis, also bei der Berechnung der realen Entwicklung von Branchen, sind Unwägbarkeiten zu erwarten, ist die Komplexität der wirksamen Faktoren zu berücksichtigen. Aus seiner

Analyse leitet er einige Empfehlungen ab, wie der politische Akteur auf die räumliche Konzentration von Branchen Einfluss nehmen kann. Gleichzeitig verweist er auf die Notwendigkeit, die Aussagefähigkeit der eigenen Ergebnisse durch weitere Untersuchungen zu festigen und die theoretischen Modelle der NEG auf ihre empirische Relevanz zu prüfen. Das vorliegende Buch zeigt, wie es gehen kann.

Amelia Walter (Ingolstadt)



Henn, Sebastian

**Regionale Cluster in der Nanotechnologie.
Entstehung, Eigenschaften, Handlungsempfehlungen
Frankfurt a.M. u. a.: Peter Lang 2006**

In der Regionalpolitik gibt es den altbekannten Gegensatz zwischen Ausgleichs- und Wachstumsorientierung. Obwohl in der Bundesrepublik seit jeher die ausgleichsorientierten Maßnahmen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ dominieren, scheinen sich die Prioritäten langsam zu verschieben. Darauf deutet die Initiierung zahlreicher Programme zur Bildung regionaler Netzwerke und technologieorientierter Cluster in den letzten fünf Jahren von der öffentlichen Hand hin. Die veränderte Sichtweise wird nicht zuletzt mit neuen theoretischen Erkenntnissen – beispielsweise aus der endogenen Wachstumstheorie – und empirischen Befunden fundiert, die dem zwischen Netzwerk- und Clusterstrukturen zirkulierenden technologischen Wissen eine hohe Bedeutung für das regionale Wirtschaftswachstum beimessen.

Sebastian Henn wendet sich in seiner Doktorarbeit somit der hochaktuellen Fragestellung zu, wie solche regionalen Clusterstrukturen im Bereich der Nanotechnologie entstehen und welche Eigenschaften sie kennzeichnen. Darüber hinaus ist es Ziel der Arbeit, auch politische Handlungsempfehlungen zur Ausbildung von Clusterstrukturen zu geben. Die Dissertation setzt sich im Wesentlichen aus einem theoretischen Teil zur Clusterbildung, einer Darstellung der

Nanotechnologie und einer empirischen Untersuchung zusammen.

Nach einer thematischen Einleitung geht Henn zunächst auf bekannte Konzepte zur Bildung von Netzwerkstrukturen ein: den Ansätzen der innovativen Milieus, der lernenden Region und der regionalen Innovationssysteme (RIS). Daneben werden Lebenszyklenmodelle und evolutorische Aspekte erläutert. Auf die Einbeziehung mathematisch anspruchsvoller Ansätze wird verzichtet, beispielsweise des Romer-Modells aus der endogenen Wachstumstheorie. Im Theorieteil diskutiert Henn aber auch schon empirische Studien zum Gründungsgeschehen sowie politische Handlungsempfehlungen aus der Literatur zum Aufbau von Clusterstrukturen.

Anschließend greift Henn die Erläuterung der Nanotechnologie einschließlich ihrer Historie sowie deren Chancen und Risiken auf. Daneben wird aber auch auf die Entwicklung der Nanotechnologie in Deutschland eingegangen. Als besonders interessant erweist sich hier die regionale Verteilung, denn Nanotechnologieunternehmen konzentrieren sich auf bestimmte Räume, was bereits ein Indiz für das Vorhandensein von räumlichen Clusterstrukturen ist.

Der empirische Teil setzt sich aus drei Fallstudien zu Clusterstrukturen im Bereich der Nanotechnologie zu-

sammen. Henn führt dafür 86 qualitative Interviews insbesondere mit Repräsentanten von Unternehmen, aber auch mit Mitarbeitern von Forschungseinrichtungen, Banken und Verbänden. Die Datenerhebung wird 2004 in den Gebieten Saarland, Dresden und Berlin/Brandenburg durchgeführt. Die Ergebnisse der drei Fallstudien für die unterschiedlichen regionalen Einheiten werden in separaten Abschnitten beschrieben.

Für das Saargebiet stellt Henn fest, dass bereits vergleichsweise früh Nanotechnologieunternehmen gegründet worden sind. Zumeist handelt es sich um Spin-Offs, die allerdings auch von politischen Akteuren unterstützt wurden. Henn geht davon aus, dass in Saarbrücken eine Clusterstruktur im Bereich der Nanowissenschaften bereits vorhanden ist. Die meisten der Unternehmen sind jedoch mit weniger als zehn Mitarbeitern relativ klein. Im Gegensatz dazu unterstellt Henn, dass in Dresden trotz einiger Neugründungen sowie institutionellen Kompetenzen im Bereich der Nanotechnik kein entsprechendes Cluster entsteht. Als Problem erweist sich hier, dass es Bereiche gibt, in denen Kompetenzen vorhanden sind, wie in der Nanoelektrik, dass aber eine Kooperation aller vorhandenen Nanotechnologieunternehmen und -forschungseinrichtungen nicht besteht. Auch in Berlin-Brandenburg sind in den letzten Jahren mehrere Nanotechnologieunternehmen gegründet worden, aber ihre unterschiedlichen Schwerpunkte haben ebenfalls kein Cluster mit zusammenhängenden Kooperationsbeziehungen entstehen lassen.

Die Dissertation von Henn endet mit einigen zusammenfassenden Bemerkungen und äußerst interessanten Überlegungen zu politischen Handlungsempfehlungen. Als Schwierigkeiten bei der Entstehung von Nanotechnologieunternehmen arbeitet Henn auf Grundlage seiner empirischen Ergebnisse Defizite in der Finanzierung und der Gründungsmentalität heraus. In Dresden und Berlin/Brandenburg sind zudem keine ausreichenden Vernetzungsstrukturen vorhanden. Hier lässt sich durch politische Maßnahmen direkt ansetzen, indem beispielsweise Finanzierungsprogramme, Kurse zu Unternehmensneugründungen sowie kommunikationspolitische Maßnahmen – wie eine Außendarstellung und die Organisation von Treffen und Tagungen – initiiert werden.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Dissertation von Henn wichtige Ergebnisse zum besseren Verständnis der Herausbildung von technologischen Clusterstrukturen liefert. Die Durchführung von qualitativen Experteninterviews ist die effizienteste Methode, um mehr über diese informellen Prozesse zu erfahren. Makroökonomische Schätzungen von Spillover-Effekten können nämlich keine Kausalhypothesen zur Bildung von Clusterstrukturen liefern. Insbesondere die Handlungsempfehlungen sind für politische Entscheidungsträger interessant, denn ähnliche Probleme bei der Clusterbildung sind wahrscheinlich auch bei anderen Technologien vorhanden.

Matthias Türck (Kassel)



Zischeck, Christian
Grundfragen der statistischen Analyse regionaler Wirtschaftskraft.
Dargestellt am Beispiel der Bundesländer Sachsen und Rheinland-Pfalz
Hamburg: Kovac 2006

Mit der Neufestlegung von Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Zeitraum 2007–2013 (vgl. Deutscher Bundestag: 35. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe. Berlin 2005, BT-Drs. 16/1790) hat die Diskussion über die Durchführung einer effizienten Regionalpolitik erneut begonnen. Hier geht es u. a. um die

Frage, wie benachteiligte Regionen ausgewählt werden sollen. Diese aktuelle Thematik bearbeitet Zischeck in seiner Dissertation beispielhaft für die Bundesländer Sachsen und Rheinland-Pfalz.

Das erste Kapitel bietet eine Einführung in die deutsche Regionalpolitik sowie in Theorien der regionalen

Entwicklung. Eingegangen wird dabei auf die Standorttheorien nach Thünen und Christaller, die Theorie der Marktnetze nach Lösch, die neoklassische und die keynesianische Wachstumstheorie sowie die Polarisierungstheorie. Neuere theoretische Entwicklungen wie die Neue Ökonomische Geographie (NÖG) und die endogene Wachstumstheorie, die auch auf regionale Einheiten angewendet worden ist, werden dabei nicht berücksichtigt.

Gegenstand des zweiten Kapitels ist die Begründung der verwendeten regionalen Einheiten sowie der Indikatoren, die zur Klassifizierung von Regionen anhand ihrer Wirtschaftsstruktur herangezogen werden sollen. Das Regionalisierungsproblems, also welche Regionen für die Analyse am besten geeignet sind, diskutiert Zischeck relativ ausführlich. Einigen Aussagen sind jedoch nicht zuzustimmen. So stellt er beispielsweise fest, dass „Kreise und kreisfreie Städte ... funktional gegenüber ihren Nachbarregionen in hohem Maße abgegrenzt“ und „vom funktionalen Standpunkt aus gesehen als homogen anzusehen“ sind (S. 76). Damit wäre die gesamte Literatur zur Abgrenzung von Funktionalregionen überflüssig, die im deutschsprachigen Bereich insbesondere auf Paul Klemmer sowie Hans-Friedrich Eckey zurückgeht und auch international in führenden regionalwissenschaftlichen Zeitschriften geführt wird. Zudem ließe sich dann auch nicht einsehen, warum das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung für viele Analysen funktionale Raumordnungsregionen und eben nicht Kreise verwendet. Das gleiche gilt für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, die ihren Berechnungen ebenfalls aggregierte Kreise zu funktional abgegrenzten Arbeitsmarktregionen zugrunde legt. Festzuhalten ist stattdessen, dass im Bereich der Regionalökonomie ein Konsens darüber besteht, dass Kreise nicht funktionale Einheiten darstellen und deshalb Raumordnungs- und Arbeitsmarktregionen in den meisten Fällen aussagekräftigere Ergebnisse liefern.

Im zweiten Kapitel begründet Zischeck aber auch ausführlich die Auswahl von den zehn verwendeten Indikatoren zur Messung der regionalen Wirtschaftskraft. Im Gegensatz zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ werden nicht nur Indikatoren zum Arbeitsmarkt, zum Einkommen und zu den Erwerbstätigen, sondern auch zum Schuldenstand, zur Investitionstätigkeit etc. einbezogen.

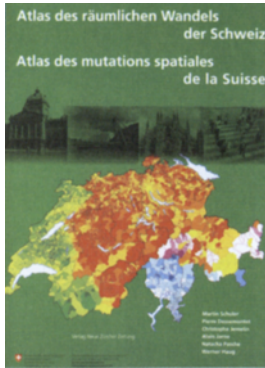
Warum der Autor die Infrastruktur entsprechend dem Vorgehen der „Gemeinschaftsaufgabe“ nicht berücksichtigt, bleibt unklar, zumal der Verweis auf die Komplexität der Infrastruktur nicht stichhaltig ist (S. 87 f.). Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung veröffentlicht nämlich mehrere Variablen zur regionalen Infrastruktur auf Kreisebene.

Das dritte Kapitel enthält eine Erläuterung der angewendeten statistischen Verfahren. Bei der Clusteranalyse wird ausführlich auf die Distanzmessung sowie die verschiedenen hierarchischen Algorithmen eingegangen. Seine Ausführungen über die Diskriminanzanalyse legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Kriterien zur Messung der Klassifikationsgüte.

Die genannten Verfahren werden dann angewendet, um die Kreise der Länder Sachsen und Rheinland-Pfalz anhand der zehn Indikatoren zu klassifizieren (Kapitel 4). Zischeck nimmt eine separate Analyse für beide Länder sowie die Untersuchungsperioden 1996 und 2002 vor. Positiv ist zu bewerten, dass der Autor mit dem Single-Linkage-Verfahren Ausreißer identifiziert, bevor die eigentliche Gruppenbildung mit dem Ward-Algorithmus durchgeführt wird. Für beide Bundeslandgruppen werden jeweils in beiden Perioden drei Gruppen von Regionen aufgedeckt. Eine Gruppe umfasst die wirtschaftlichen Zentren, während die übrigen beiden Gruppen periphere Kreise enthalten, die sich bezogen auf die Wirtschaftskraft aber deutlich unterscheiden. Die Diskriminanzanalyse bestätigt, dass die gebildeten Gruppen in sich relativ homogen und untereinander heterogen sind.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Dissertation von Zischeck eine aktuelle Thematik aufgreift und auch in lesenswerter Form bearbeitet. Insbesondere die Anwendung der Clusteranalyse könnte sich auch für die Unterteilung von Fördergebieten für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als vorteilhaft erweisen. Möglicherweise lassen sich nämlich die Fördergebiete in bestimmte Cluster unterteilen, auf die unterschiedliche regionalpolitische Förderprogramme zugeschnitten werden können. Eine solche Vorgehensweise legt eine höhere gesamtwirtschaftliche Effizienz der eingesetzten Mittel nahe.

Matthias Türck (Kassel)



Bundesamt für Statistik; Martin Schuler, Pierre Dessemontet, Christoph Jemelin, Alain Jarne, Natacha Pasche, Werner Haug

Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz

Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung 2007



Bernhard Waldmann, Peter Hänni

Raumplanungsgesetz. Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (RPG)

Bern: Stämpfli Verlag AG 2006



ETH Studio Basel, Institut Stadt der Gegenwart;

Roger Diener, Jacques Herzog, Marcel Meili, Pierre de Meuron, Christian Schmid

Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait

Basel: Verlag Birkhäuser 2006, 3 Bände

Drei grundlegende Publikationen zur schweizerischen Raumplanung

Auf der räumlichen Planung lasten, wenn man auf Äußerungen in der breiten Öffentlichkeit und im wissenschaftlichen Disput achtet, politische Vorurteile, rechtliche Zwänge, volkswirtschaftliche Bedenken, gesellschaftliche Verunsicherungen und ökologische Prioritätsansprüche. Kompensiert werden die Bedrängnisse seitens der Planungstheoretiker mit Neigungen zur Neuerfindung der Planung. Sie wird – nicht selten, eher häufig sogar in unzähligen Schlaufen – begrifflich und teilweise auch sachlich substituiert durch Kooperation, Koordination und nicht zuletzt durch anwaltschaftliches Eintreten für weiche, jedenfalls marktnahe Instrumente wie vertragliche Zusammenarbeit, Lenkungsabgaben, Nutzungszertifikate, Public-Private-Partnership usw. Bei genauerem Hinsehen und nachhakendem Befragen wird erkennbar: Selbst ausholende Erneuerungsstrategien schaffen es nicht,

ohne verbindliches Planungsrecht, ohne gesetzliche Instrumentierung und ohne minimale materielle (hoheitliche) Vorgaben auszukommen. Offen ist der sachliche gebotene Regelungsbedarf.

Diese Diskussion muss durchgestanden werden, allein schon deshalb, weil jede Generation den Umgang mit der Zukunft – vis à vis einer sich laufend ändernden Wirklichkeit – neu lernen muss. Letztlich kommt es nicht auf das mehrheitlich zelebrierte oder individuell verfolgte Planungsverständnis samt Methoden-, Ziel- und Instrumentenpräferenzen an, sondern auf den Sinn, die Zweckmäßigkeit sowie auf die Wirkungen – und all dies auf einer vorwärtsgerichteten Zeitachse.

Während in einzelnen Staaten und auf der überstaatlichen Ebene die Anliegen der räumlichen Planung – seien es jene der Wissenschaft, seien es jene der

Raumplanung als öffentliche Aufgabe – nur begrenzt als politisch gewichtig eingestuft werden, hält in der Schweiz, wenn auch auf kleinem Feuer, die öffentliche Debatte um die räumliche Planung bis in die Medien hinein an, immer kritischen Geistes nach allen Seiten. Die Probleme liegen gleichsam vor der Tür: Gesellschaftlicher Wandel mit Einschluss eines nuancierenden Wertewandels, Internationalisierung der Wirtschaft bis hin zu den kleinen und mittleren Unternehmungen, Stadtplanungsdefizite, ungeklärte Agglomerationsorganisation, Verstädterung des Mittellandes, wachsende Belastungen der ländlichen Räume bei unklarem Stellenwert der Landwirtschaft, Rezeptarmut gegenüber den Berggebieten, absehbarer Nachholbedarf im Infrastruktur- und Versorgungsbereich, grenzüberschreitende Arbeitsmärkte- und Verkehrsräume/-achsen usw. Und dies alles auf hohem Lebensstandardniveau, getragen von einer weitsichtigen Planung der 1970er Jahre, einer florierenden Wirtschaft und sogar einer – bei extrem hoher Migrationsrate – wachsenden Bevölkerung. Die Belastungen im Raum sind in diesem Land greifbar, vor allem dort, wo sie an den positiven Seiten der tradierten Raumplanung – Trennung Siedlungsgebiet/Nicht-Siedlungsgebiet – auflaufen. Selbst in der ausufernden Agglomeration Zürich ist die grüne Umgebung auf kurzen Wegen erreichbar. Vom Helikopter aus beobachtet scheint der räumliche Ist-Zustand für internationale Experten einigermaßen unter Kontrolle zu sein, auch wenn im Maßstab 1:1 die vielfältig ursächliche, dynamische Entwicklung den Behörden und der Öffentlichkeit Kopfzerbrechen bereitet.

Die wissenschaftliche Literatur zur schweizerischen Raumplanung beeindruckt anhaltend. Primäres Kennzeichen ist die multidisziplinäre Analyse des räumlichen Geschehens. Beteiligt sind die Regionalwissenschaften, die Geographie, die Ökonomie, die Verkehrs-, die Umweltwissenschaften usw. Überaus intensiv engagiert ist die Rechtswissenschaft. Die Zahl ihrer Titel sprengt Grenzen. Nicht minder aufschlussreich sind die Aktivitäten der kantonalen (länderseitigen) Ämter und des Bundesamtes für Raumentwicklung, herausgefordert durch die räumliche Struktur-/Regionalwirtschafts-, die Umweltschutz-, Verkehrs-, Energie-, Bildungspolitik usw. Sie setzen Impulse. Sie beflügeln das Befassen mit den Teilräumen, mit dem Raum Schweiz und gleichzeitig mit dessen internationaler Exposition.

Drei neuere wissenschaftliche Werke von theoretischem und praktischem Nutzwert möchte ich vorstellen – aus unterschiedlichen Quellen, mit unterschiedlichen Ansprüchen, aber doch drei Publikationen, die von der aktuellen Auseinandersetzung mit der Raumentwicklung jenseits des faktischen Ausweichens gegenüber der Planung und des Abstreifens überkommener Wege zeugen. Die schweizerische Debatte befasst sich – auf-

fallend und im Gegensatz zu andern Staaten – nur beiläufig mit dem Raumplanungsverständnis, jedenfalls nicht als Selbstzweck. Ihr Interesse gilt den anstehenden Problemen in Raum und Zeit.

Da ist einmal der neu publizierte und attraktiv gestaltete „*Atlas des räumlichen Wandels der Schweiz*“, ein eindruckliches Werk des Bundesamtes für Statistik – wesentlich mehr als eine Anhäufung von Daten. Es macht die raumrelevanten und raumwirksamen Veränderungen sichtbar und bewusst. Der Ausgangspunkt ist gegeben. Aus der einst primär politisch geformten Schweiz mit ihren 26 Kantonen und 2 900 Gemeinden und einem insgesamt subtil organisierten Bundesstaat ist eine andere Schweiz geworden. Nur wenn sie als solche erkannt wird, kann moderne Raumordnungspolitik greifen: Urbane Metropol-/Agglomerationsräume (wie Zürich/Basel/Winterthur/Luzern, ferner Genf/Lausanne), international ausholende Wirtschaftsräume, grenzüberschreitende Verkehrsachsen, Berg- und Tourismusgebiete usw. prägen sie. Dies alles arbeitet der Atlas mit Prospektivkraft heraus, alimentiert von einem ausholenden Analyseansatz. In 16 Kapiteln kommen zur Sprache: Im Herzen Europas, räumliche Lesearten, Bevölkerung, kulturelle Vielfalt, Lebensformen, Gesellschaft im Wandel, Einkommen und Umverteilung, Wohnen und Leben, Tradition und Aufbruch in der Politik, mehr Bewegung/weniger Raum, Rückgang der Landwirtschaft, Ausklang des industriellen Zeitalters, Dominanz des Tertiärsektors, Wirtschaft im Umbruch, Physische Zeichen des Wandels, die wirkliche Schweiz, Indikatorenvielfalt. Abschließend werden sie in einer Faktorenanalyse zusammengefasst. Es kommt (a) zu einer Beschreibung der auszumachenden „Bruchlinien“ der heutigen, urbanisierten Schweiz und damit zu einer Ausgangsbasis für eine mögliche künftige Raumordnungspolitik sowie (b) zu einer souveränen Beschreibung der verschiedenen schweizerischen Regionen in impressionistischer Form, doch mit wissenschaftlichem Background. Diese vermittelt substanzielle Durchblicke zu den gegenseitigen Verknüpfungen im Gesamtbild der Eidgenossenschaft – auch dies ein Ausgangspunkt für eine abgerundete, hoffentlich wirksame Raumordnungspolitik.

Das zweite Werk stammt vom sog. ETH-Studio Basel. Dieses von der ETH Zürich gegründete und finanzierte Institut, geprägt vor allem durch die international renommierten Architekten Diener, Herzog, Meili, de Meuron, wendet sich dem Thema „Stadt der Gegenwart“ zu. Sein erstes Vorhaben galt einem städtebaulichen Portrait der Schweiz, kurzum, der urbanen Schweiz in ihrem räumlichen Gesamtkontext: „*Die Schweiz. Ein städtebauliches Portrait*“. Nicht ein Buch der herkömmlichen wissenschaftlichen Analyse, sondern des beobachtenden Blicks und des gestalterisch geprägten

Zugriffs auf das, was sich ausbreitet, sowie auf Potenziale und Verwerfungen – also fern von den einst dominierenden (international bekannt gewordenen) normativ gerichteten Landesplanerischen Leitbildern des ORL-Instituts der ETH Zürich, fern von nationalen Raumordnungskonzepten bundesamtlicher Offizialität. Nahe an den Fakten, wenn auch durch eine andere als die traditionell raumplanerische Brille gesehen: Bilder, archaische Skizzen, ineinanderfließende Darstellungen von Räumen, die gerade keine begrenzenden Gefäße sind. Fakten werden mit dem Auge dynamisch bewegt erfasst, geschichtliche Dimensionen erspürt, sektorale Ansprüche räumlich wirksam integriert – alles unmethodisch, mindestens nicht monomethodisch durchleuchtet, dennoch mit Sinn für das Soziale, für Regionen, Städtenetze, erfinderisch bis zum kühnen Begriff „Stille Zonen“, zu den „Brachen“ usw. Äußerlich auf den Punkt gebracht: Band 1 gilt als Einführung, Band 2 handelt von Grenzen (u.a. der Gemeinden), und Band 3 entwirft Materialien zu einem städtebaulichen Projekt, gefolgt von einer Karte der urbanen Potenziale der Schweiz (mit herausfordernden Ergänzungen wie die erwähnten stillen Zonen, die Alpinen Resorts und die alpinen Brachen). Letztlich gilt das Interesse, im Sinne einer positiven Planung, der urbanen Schweiz. Schwer zu sagen, was von diesem bewusst „unwissenschaftlichem Werk“ zu halten ist. Das Stichwort „originell“ genügt auf alle Fälle nicht. Es handelt sich vielmehr um eine völlig andere Sicht, dennoch um ein notwendiges, kühnes Ausbrechen aus überkommenen Denkstrukturen, verbunden mit dem Nachteil der fehlenden Überprüfbarkeit, aber mit dem glanzvollen Vorteil des Einsichtigen, des Überraschenden inmitten des vermeintlich bekannten Lebensraums, auch der Chance des vertiefenden eigenen Wahrnehmens. Ein legitimer Versuch, räumliche Probleme anders zu sehen. Dieser Architektenezutritt zum Raum Schweiz, für einmal jenseits konkreter Bauprojekte, musste kommen, da die Architekten als Urväter räumlichen Denkens und Gestaltens über genuine Raumkompetenz verfügen, aber, mindestens in hiesigen Landen, nicht immer gehörig zum Zug kamen. Im Ergebnis inspirierend. Gerade für möglicherweise mut- oder gar phantasielos werdende Raumplaner, sodann für jene Ökonomen, welche die Raumentwicklungsdebatte zu beherrschen sich anschickten und dabei den Faktor Markt intensiv bis einseitig ins Auge fassen, oder für Juristen mit den Vorlieben für durchgreifende Verpflichtungen, abhold dem so nötigen, kreativitätsreichen Planungsermessen.

Bei der dritten Publikation handelt es sich um einen Kommentar zum Bundesgesetz über die Raumplanung. Der Haupttitel lautet schlicht: „*Raumplanungsgesetz*“. Es erscheint im richtigen Zeitpunkt. Die Regierung hat sich nämlich vorgenommen, das Bundesgesetz von

1979 zu revidieren. Nicht dass es nicht bereits ein analoges Werk geben würde, doch ist es für den Gesetzgeber wichtig, über breite Grundlagen zu verfügen. Strittig ist im Moment, ob es um eine Aktualisierung oder um eine gänzliche Neufassung des Grundsatzgesetzes gehen soll. Auch stellt sich die Thematik der allfälligen Ausweitung der Bundeskompetenz, was eine Verfassungsänderung bedingen würde. Kommentare nehmen in der Regel zu solchen Fragen nicht Stellung. Wer aber Gesetzesauslegungen und Praxiserläuterungen zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der erkennt rechtliche Defizite *de lege lata*. In Begegnung mit den materiellen raumplanerischen Anliegen erweitert sich die Mängelliste gleichsam von selbst. Anders formuliert: Der Kommentar wird genau gelesen zum Schlüssel *de lege ferenda*. Und dies ist bei der vorliegenden Veröffentlichung der Fall. Geglückt ist der Einbezug des sog. funktionalen Raumplanungsrechts, also des Rechts, das unabhängig von seinem Titel angewandt das räumliche Geschehen beeinflusst (z.B. Verkehrsrecht). Er öffnet sich hin zu einem Recht der räumlichen Querschnittsplanung. Bedauerlich nur, dass Vorstellungskraft und Wortschatz der schweizerischen Juristen (ich zähle auch zu ihnen) an zu vielen Stellen einem engen Raumplanungsverständnis, nahe dem Bodennutzungsrecht verhaftet und im Banne der Art kartographisch unterlegter Flächenwidmungsplanung bleiben. Differenziert zu beantworten ist vor dem Hintergrund dieser Publikation, die das Bundesgericht als Fundquelle zelebriert, auf alle Fälle die Frage, ob und in welchem Maße richterliche Entscheidungen, die sich als Präjudizien retardierend, das Planungsermessen einschränkend und sogar zurückblickend statt vorausschauend auswirken, für ein zukunftsgerichtetes Planungsrecht maßgebend sein können. Interessant: Ein gescheiter Kommentar führt zurück – indirekt – zur Grundsatzfrage nach der Struktur und der Funktion des Planungsrechts, des Raumplanungsrechts im Besonderen. So beeindruckend diese Publikation juristischer Meisterschaft ist, die Gefahr der Verrechtlichung der Raumplanung wäre und ist seitens der Rechtswissenschaft aus sich heraus genauso zu stellen, wie sie die Trends der herumgeisternden Entrechtlichung kritisch zu hinterfragen hat.

Die drei hier angezeigten Werke ergeben zusammen ein anregendes Gesamtbild: *Indikatoren* der räumlichen Entwicklung samt deren Sichtung, *materielle Problem-analysen* mit schöpferischem Ausgriff und unvoreingenommenen Denkansätzen sowie *rechtliche Klärungen* des Regelungsbedarfs. Ausdruck keimender Innovation zugunsten einer problemnahen Raumplanung – für das Entwickeln von Konzepten, das Gestalten von Räumen und für das Novellieren der einschlägigen Gesetze.

Martin Lendi (Zürich)